

Das Programm bleibt
hinter der aktuellen Politik
im Bund und
in den Ländern zurück

Impulse für die Integrationspolitik

Armin Laschet

Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der CDU enthält auf vielen gesellschaftspolitischen Feldern eine breite Palette frischer Ideen, die es uns Christdemokraten ermöglichen, den raschen Veränderungen unserer Zeit zu entsprechen, ohne aber dem Zeitgeist hinterherzulaufen – in der Familienpolitik, beim Miteinander der Generationen und bei der frühkindlichen Bildung zum Beispiel. Auf dem Gebiet der Integrationspolitik ist allerdings kein wirklich großer Wurf gelungen. Manche Probleme sind angerissen, oft fehlt es jedoch an konkreteren Hinweisen auf Lösungswege.

So müssen gut anderthalb von insgesamt 77 Seiten reichen, unsere Positionen auf jenem Politikfeld zu erläutern, von dem die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft in besonderer Weise abhängt. Der Entwurf, welcher die Integration zwar als „Chance und Bereicherung“ bezeichnet, atmet jedenfalls keinen Geist, der den Menschen im Lande die Tragweite der Integrationspolitik als ressortübergreifende Zukunftsaufgabe besser begreiflich macht. Schauen wir genauer hin: „Deutschland ist Integrationsland“, steht auf Seite 66. Welche Konsequenzen aber hat dies für unsere Gesellschaft? Leider folgen nur Andeutungen. Integration sei „die Akzeptanz kultureller Verschiedenheit auf der Basis allgemein geteilter und gelebter Grundwerte“. Wer will dies schon bestreiten? Etwas weiter unten wird formuliert: „Ein unverbundenes Nebeneinander und die Bildung von Parallelgesellschaften, in denen unsere Rechts-

ordnung missachtet wird, lehnen wir ab.“ Auch dies ist eine für Demokraten eigentlich selbstverständliche Willensbekundung.

All jene, die nach den tieferen Ursachen für die Jahrzehntelangen Versäumnisse bei der Integration in unserem Land fragen und perspektivische Antworten erwarten, werden leider enttäuscht. Dies ist umso bedauerlicher, da Grundsatzprogramme der Regierungspolitik konzeptionell und intellektuell normalerweise immer einen Schritt voraus sind. In der Integrationspolitik jedoch sind viele deutsche Länder und Bundeskanzlerin Angela Merkel Quantensprünge weiter als die Zeilen 2771 bis 2840 des Programmentwurfes. Man kann noch manches anderes Beispiel nennen: das Kapitel über den demografischen Wandel etwa. Dort heißt es, dass wir uns in einer immer älter werdenden Gesellschaft besonders um den Zusammenhalt zwischen Jung und Alt bemühen müssen. Dies ist natürlich richtig, und es ist wichtig, dass wir es deutlich formulieren. Was allerdings fehlt, ist der dringende Appell, dass wir in einer alternden Gesellschaft all unsere vorhandenen Potenziale besser nutzen müssen. Dass es also in unserem ureigenen Interesse liegt, wenn wir die Integration unserer Zuwanderer durch frühe Bildung nach vorn bringen (wovon im Übrigen auch deutsche Kinder profitieren), wenn wir die Leistungsbereitschaft und Schaffenskraft unserer älteren Menschen besser nutzen, wenn wir die Chancen der bestausgebildeten Frauengeneration er-

höhen, wenn wir die Wahlfreiheit für unsere Familien stärken, wenn wir die Familienbildung und -beratung familienfreundlicher machen und den tatsächlichen Bedürfnissen der Familien anpassen. All diese Fragen sind miteinander vernetzt, wenn man sie im Licht des demografischen Wandels betrachtet. Dies müsste im neuen Grundsatzprogramm stärker herausgearbeitet werden. Da sie auch die Entwicklung unserer Wirtschaft ganz maßgeblich beeinflussen, wird es manche Leser des Programmentwurfes überraschen, dass auch im Kapitel über die Wirtschaft ein deutlicher Hinweis darauf fehlt, dass wir all unsere gesellschaftlichen Ressourcen künftig effizienter nutzen müssen – zumal die Wirtschaft es ist, die besonders von der Globalisierung herausgefordert wird.

Mut zur Erneuerung

Warum diese Mängel im Entwurf unseres neuen Grundsatzprogrammes? Die CDU war immer eine Partei der Erneuerung. Das mögen all jene nicht gerne hören, die ihr, oft im Reflex, geistige Unbeweglichkeit unterstellen oder die Fahne des Konservatismus hochhalten. Schon ein flüchtiger Blick in die Geschichte zeigt etwas anderes. So waren die Aufrufe zur Gründung der neuen Partei im Jahr 1945 mehrheitlich von NS-Verfolgten, KZ-Häftlingen oder Emigrierten unterschrieben. Der erste Vorsitzende der CDU, Andreas Hermes, etwa saß wegen seiner Beteiligung am Attentat des 20. Juli 1944 in der Todeszelle von Plötzensee und wartete auf seine Hinrichtung, bevor er im April 1945 befreit wurde. Es war der Wille zu einer demokratischen Erneuerung, der Frauen und Männer wie Hermes zur Gründung einer neuen Partei inspirierte. Ein weiteres Novum: Der CDU gelang die Überwindung religiöser Schranken in einer bis dato von den engen Grenzen der Konfessionen geprägten Gesellschaft. Zwar stammte ein großer Teil der CDU-Mit-

gliedschaft aus der vor dem Zweiten Weltkrieg aktiven katholisch geprägten Zentrumspartei. Doch auch führende Mitglieder der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei und der linksliberalen DDP traten der CDU bei, insbesondere in Norddeutschland. So schuf die Gründung der Union als weltliche und interkonfessionelle Partei die Voraussetzung dafür, dass die Partei über das katholische Milieu hinaus auch in protestantischen Kreisen Fuß fassen konnte und sogar für religiös ungebundene Menschen attraktiv wurde.

Mindestens ebenso bedeutend sind aber die Verdienste christlich inspirierter Männer und Frauen als Protagonisten eines neuen politischen Denkens auf dem Feld der Gesellschafts- und Sozialpolitik. Eine Tradition, die lange vor Gründung der CDU ihren Anfang nahm. Im neunzehnten Jahrhundert waren es die katholischen Sozialreformer, die die wachsende Not der Menschen im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung erkannten und als Erste gezielt gegensteuerten. Die Lösung der sozialen Frage war ihnen ein Herzensanliegen, man denke etwa an den Gründer der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Bischof Wilhelm Emmanuel Ketteler, oder Adolf Kolping. Es war der Zentrumsabgeordnete Franz Hitze, der im Wilhelminischen Deutschland zum Wegbereiter des Bismarck'schen Sozialversicherungssystems wurde und in Mönchengladbach 1890 den berühmten Volksverein für das katholische Deutschland gründete, einen frühen Vorläufer der Arbeiter- und Erwachsenenbildung. In der Weimarer Republik führte Reichsarbeitsminister Heinrich Braun, Zentrumsmann und einer der Protagonisten der „Weimarer Koalition“, 1927 die Arbeitslosenversicherung in Deutschland ein. Früher als andere hatte er erkannt, dass diese eine Säule des Sozialversicherungssystems noch fehlte, um Arbeitnehmern im Notfall einen wirksamen Schutz

vor dem Abgleiten ins Elend zu bieten. Ganz ähnlich dachte Helene Weber, eine der wenigen Frauen im politischen Geschäft der Weimarer Zeit und eine Wegbereiterin dessen, was wir heute Frauenpolitik nennen. Die Aachener Zentrumsabgeordnete engagierte sich im Zentralvorstand des Katholischen Deutschen Frauenbundes und hatte den Vorsitz des Vereins katholischer Sozialbeamten Deutschlands inne. Bereits 1948 gründete sie die Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU. Im selben Jahr wurde sie auch ins Präsidium des Parlamentarischen Rates gewählt, um als eine von vier Frauen an der Erarbeitung des Grundgesetzes mitzuwirken. Helene Weber ist eine der „Mütter“ unserer Verfassung. Obwohl manche dieser Männer und Frauen bald in Vergessenheit gerieten, führte die CDU diese Tradition – Gesellschaftspolitik auf der Grundlage des christlichen Menschbildes – nahtlos fort. Exemplarisch hierfür steht die Gründung der Sozialausschüsse als ein Zusammenschluss christlicher Gewerkschafter im Jahre 1948.

Hinwendung zu Fremden

Und heute? Mit dem demografischen Wandel bedrängt uns abermals eine soziale Frage – die neue soziale Frage. Gelingt es uns Christdemokraten erneut, die Zeichen der Zeit rechtzeitig zu erkennen und unsere Politik nicht dem Zeitgeist anzupassen, aber zeitgemäß zu gestalten? Und: Werden wir uns auch in unseren eigenen Reihen gegenüber notwendigen Neuerungen aufgeschlossen zeigen? So viel steht fest: Auch wenn mancher sie gerne beiseiteschieben würde, können wir diesen Fragen nicht aus dem Weg gehen. Denn für eine Partei, die als Volkspartei ein Spiegel der Gesellschaft bleiben will, müssen die tief greifenden Veränderungen unserer Gesellschaft auch Anlass zur innerparteilichen Neujustierung sein. Zur neuen Lebenswirklichkeit unserer Gesellschaft gehört eben auch, dass im-

mer mehr Menschen nicht mehr deutscher Herkunft sind, sondern eine Zuwanderungsgeschichte haben. Dies gilt in besonderer Weise für Nordrhein-Westfalen. Fast fünfundzwanzig Prozent der Menschen an Rhein, Ruhr und Weser haben, wie manche es technokratisch nennen, einen „Migrationshintergrund“. Richtiger ist zu sagen, sie haben eine Zuwanderungsgeschichte, weil es meistens die Eltern oder Großeltern sind, die einwanderten – als Menschen mit ausländischer Abstammung oder als Deutsche, die spät aus der früheren Sowjetunion aussiedelten. Viele sind bei uns geboren, besuchen hier die Schule, sind erwerbstätig oder haben selbst ein Unternehmen gegründet. Die große Mehrheit dieser Menschen ist bestens integriert, hat unser Land als ihre Heimat angenommen und will dauerhaft bei uns bleiben. Kurz: Diese Menschen sind durchaus bereit, sich für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl einzusetzen. Sie bereichern unsere älter werdende Gesellschaft. Warum also sollten wir ihnen die Türen unserer Partei nicht weiter öffnen? Die Hinwendung zum Fremden ist im Übrigen noch aus einem anderen Grund eine besondere Herausforderung für uns Christdemokraten. In Levitikus, Kapitel 19, heißt es zugespitzt: „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen.“ Diese Haltung, aus tiefer Menschenliebe formuliert, hat heute eine erweiterte Dimension. Es liegt in unserem Interesse, dass Integration gelingt. Wir sind ein Einwanderungsland, und die, die dauerhaft hier leben werden, müssen jede Bildungs- und Karrierechance haben, denn sie werden es sein, die in zwanzig Jahren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen, unser Land tragen und unser Bruttosozialprodukt erarbeiten werden. Es ist unser Interesse, dass Kinder

mit Zuwanderungsgeschichte nicht weiterhin zu den vierzig Prozent der Jugendlichen gehören, die ohne Hauptschulabschluss direkt in die Hartz-IV-Systeme wechseln.

All dies sind gute Gründe dafür, dass sich die Union künftig stärker den Bürgerinnen und Bürgern mit Zuwanderungsgeschichte öffnet und ihnen mehr Möglichkeiten zur Mitarbeit bietet. Tut sie dies nicht, erweist sie sich auf Dauer nicht nur als realitätsfern, sondern verpasst auch eine große Chance, da viele Zuwanderer jung sind und die CDU frische Kräfte dringend gebrauchen kann. Die Praxis zeigt, dass es in Nordrhein-Westfalen ein wachsendes Potenzial an Zuwanderern und Zuwanderinnen gibt, die bereit sind, in der CDU mitzuarbeiten. Natürlich muss dies auf der Basis von Werten geschehen, die im Grundgesetz festgeschrieben sind. Die Achtung der Menschenwürde, die Gleichheit von Mann und Frau, der bedingungslose Verzicht auf Gewalt gehören dazu. Ein unverbindliches Multikulti, wie es die Linke lange propagierte, darf es nicht geben. Es scheint ebenso wichtig, dass die Zuwanderer und Zuwanderinnen in der CDU bereit sind, das Leben in Deutschland in seiner Vielfalt anzunehmen und ein positives Verhältnis zur Geschichte unseres Landes zu entwickeln. Gewiss, von niemandem kann verlangt werden, die wechselvolle deutsche Geschichte als die eigene zu betrachten. Aber man kann Unvoreingenommenheit, eine ehrliche Auseinandersetzung und Solidarität mit dieser Geschichte erwarten. Dies bedeutet, ihre vielen positiven Seiten anzuerkennen und die dunklen als Mahnung anzunehmen.

Bleibt die Frage, wie die gemeinsame Identität in der Partei dauerhaft gestärkt und das Zusammengehörigkeitsgefühl intensiviert werden kann. Von der Grundsatzprogramm-Kommission ist im März dieses Jahres der von manchem als Pro-

vokation empfundene Begriff „Leitkultur“ wieder in den Entwurf aufgenommen worden. Zu Recht, wie ich meine. Ronald Pofalla liegt richtig, wenn er sagt: „Wir brauchen ein Bekenntnis zu unserer Leitkultur, um die Integration von Zuwanderern, die auf Dauer bei uns leben wollen, zu einem Erfolg zu machen.“ Dazu gehört ganz wesentlich unsere deutsche Sprache, die wir schon vor der Schule vermitteln müssen. Ich glaube aber, dass wir den Begriff Leitkultur durch den Zusatz „gemeinsame“ präzisieren sollten. Denn Menschen mit Zuwanderungsgeschichte können eine ganze Reihe wichtiger Werte in die Debatte einbringen, die uns Deutschen fremd geworden oder verloren gegangen sind, von denen die Gesellschaft insgesamt aber enorm profitieren kann. Dazu gehören zum Beispiel die Geborgenheit und der Zusammenhalt, den sie in der Familie finden. So sind die Wertschätzung der Familie, Kinderfreundlichkeit und der Respekt der Generationen voreinander Werte, die noch fest in der Lebenswelt vieler Zuwanderer verankert sind. Wohl niemand von ihnen käme auf die Idee, dass Kinder, die älter als fünfundzwanzig Jahre sind, nicht mehr für ihre Eltern verantwortlich sind.

Eine fruchtbbringende Debatte über eine gemeinsame Leitkultur setzt neben der Beteiligung der Zuwanderer aber auch voraus, dass wir die unsere Kultur tragenden jüdisch-christlichen Wurzeln nicht in Vergessenheit geraten lassen. Auch wir Christdemokraten tun gut daran, uns diese Wurzeln immer wieder neu vor Augen zu halten – zur Gewinnung und Stärkung unseres Selbstbewusstseins und zur Festigung unserer Bereitschaft zur Offenheit gegenüber anderen Kulturen. Die Toleranz lehrende und frei machende Botschaft des Christentums bietet dafür die besten Voraussetzungen. Da wir schon viel Zeit verloren haben, sollten wir schnell mit der Debatte beginnen.